

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig halbjährlich 75.— Mk., vierteljährlich 37.— Mk. Redaktion: Am Sprenghaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung  
••••• der Freien Stadt Danzig •••••  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 3-spaltige Zeile 2.— Mk., von auswärts 10.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 15.— Mk., von auswärts 30.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2948. Expeditor: Am Sprenghaus 6. — Telefon 2990.

Nr. 196 | Dienstag, den 22. August 1922 | 13. Jahrgang

## Die Absichten Frankreichs.

**Ohne produktive Pfänder kein Moratorium.**  
Der französische Ministerpräsident Poincaré hielt gestern vor dem Generalrat des Maasdepartements eine längere politische Rede. Sie enthüllte nicht nur offen die französischen Absichten, sondern zeigte auch die Gegensätze, die sich in der Reparationsfrage zwischen Frankreich und England gebildet haben. Poincaré führte u. a. aus:

„Frankreich verlange nur die Ausführung der Verträge und Entschädigungszahlungen, aber keine Forderungen würden nicht immer von den besten Freunden begriffen. Die Sicherheit Frankreich gegenüber nur von freundschaftlichen Gefühlen besetzte britische Regierung mache sich den schweren Ernst der französischen Finanzlage nicht klar und das Kapitalinteresse Frankreichs, rasch von Deutschland entschädigt zu werden. Deutschland, das schon im Genuss eines weitgehenden Moratoriums (?) genesen sei, verlange nach ein weiteres. Die englische Regierung selber habe eine Reihe von Verfehlungen Deutschlands festgestellt, und diese Feststellungen seien ein kategorisches Dementi des deutschen Rechtfertigungsversuches. Bezüglich der Verantwortlichkeit der von Deutschland veröffentlichten Ziffern müsse man alle Vorbehalte machen. Die einzigen etwas bedeutsamen Zahlungen, die Deutschland seit dem Waffenstillstand dem Ausland habe leisten müssen, beträfen die Reparationen.

Poincaré suchte dann durch Zahlen nachzuweisen, daß das Sinken der Mark nicht durch die von Deutschland angeführten Gründe verursacht worden sei, und behauptete erneut, Deutschland sei an dem verhängnisvollen Sturz seiner Devisen selbst schuld. Die Reparationskommission habe daher bereits mehrmals Gelegenheit gehabt, einen Verstoß Deutschlands gegen seine elementaren Verpflichtungen festzustellen und den alliierten Regierungen vorzuschlagen, Sanktionen zu ergreifen. Aber die von gewissen alliierten Regierungen gegebenen Instruktionen seien immer außerordentlich gelinde. Als Deutschland ein neues Moratorium verlangte, habe die britische Regierung, ohne Frankreich zu befragen, öffentlich erklärt, es scheine, man müsse das Moratorium bewilligen, und gleichzeitig daran erinnert, daß Frankreich Englands Schuldner sei und daß das Schicksal dieser Schuld zum großen Teil von Entschlüssen abhängt, die Amerika als Gläubiger Englands seinem Schuldner gegenüber annehmen werde.

Poincaré stellte sodann der von der Reparationskommission festgesetzten Schuld Deutschlands die von den alliierten Regierungen gegenseitig geschuldeten Summen gegenüber und sagte: Deutschland hat das von ihm angerichtete Uebel weder gutzumachen, und diese nötige Reparation muß vor jeder anderen Regelung den Vorrang haben. Wenn England sofort das Geld zurückhaben wollte, für das wir bei ihm während des Krieges gekauft haben, und gleichzeitig die Bezahlung der Reparationen verzögert, dann würde es uns zwingen, daß wir uns unsererseits an die alliierten Länder, die unsere Schuldner sind, wenden. Diese Frage der interalliierten Schulden verlangt eine gemeinschaftliche Regelung und sollte recht bald auf einer Konferenz aller daran interessierten Staaten geprüft werden. Die wesentliche Bedingung dieser Regelung ist, daß man die Schulden Deutschlands nicht in einen Topf mit den Schulden der Staaten zu werfen sucht, die im Kriege gemeinsame Sache gemacht haben.

Für den Augenblick bleibe nur übrig, jedes neue Moratorium abzuschneiden oder es nur gegen positive Pfänder zu gewähren, darunter die Staatsbergwerke im Ruhrgebiet und die deutschen Staatsforsten. Wenn wir von Pfändern und Garantien sprechen, dann bezieht man sich in Deutschland stets — und bisweilen auch anderswo — uns hintergedanken zuschreiben. Selbst wenn wir im Gegensatz zu unseren Wünschen sofort Pfänder ohne die Mithilfe unserer Verbündeten nehmen müßten, würden wir nicht verlangen, sie uns endgültig anzueignen und sie festhalten nur bis zu dem Augenblick, wo Deutschland einwilligt, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Dann werden wir uns nicht weigern, mit Deutschland in eine Prüfung der besten Mittel einzutreten, um die rasche und regelmäßige Ausführung des Friedensvertrages sicherzustellen.“

Soweit in dieser Rede die alten Vorwürfe gegen Deutschland erhoben werden, sich absichtlich seinen Reparationsverpflichtungen entziehen und den Sturz der

deutschen Mark herbeigeführt zu haben, kann man über diese neuen Auslassungen Poincarés hinweggehen. Beachtlicher sind seine Ausführungen über Frankreichs Verhältnis zu England und vor allen Dingen über die von der französischen Regierung in Erwägung gezogenen Absichten. Wie nach allerdings noch unbestätigten Nachrichten mitgeteilt wird, soll bereits ein französischer *Exekutivrat* zusammenberufen sein, der sich angeblich mit evtl. militärischen Zwangsmahnen gegen Deutschland befassen soll. Bei aller nationalistischen Selbstspornigkeit in Frankreich dürfte man sich dort aber wohl doch noch in letzter Stunde überlegen, ob man hoffert vor den andern alliierten Mächten allein gegen Deutschland vorgehen kann.

## Die Frage des Moratoriums.

**Informierende Besprechungen in Berlin.**

Gestern nachmittag fand die erste Besprechung Bradburns und Maucières mit dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes und dem Staatssekretär Bergmann über die Frage des Moratoriums im Reichsfinanzministerium statt. Die Verhandlungen dauerten etwa eine Stunde. Die beiden Vertreter der Reparationskommission entwickelten den bekannten französischen und englischen Standpunkt. Die Diskussion führte noch zu keinen Beschlüssen, sondern diente in der Hauptsache der gegenseitigen Information. Die eigentlichen sachlichen Verhandlungen sollen erst heute beginnen. Die Verhandlungsführung liegt in den Händen des Reichskanzlers, der sich die letzte Entscheidung vorbehalten hat.

Ueber die Grundlage der Verhandlung läßt sich vor ihrem Beginn kaum etwas sagen. Die letzte deutsche Note an die Reparationskommission, die Note vom 12. Juni, die alle positiven Vorschläge enthält, die Deutschland zu machen überhaupt in der Lage ist, ist bisher von der Reparationskommission noch nicht beantwortet worden. Ob die Vertreter der Reparationskommission eigene Anregungen besonderer Art mitgebracht haben, ist nicht bekannt.

Bemerkenswert ist in jedem Falle, daß die französischen Retorsionen noch immer nicht aufgehoben worden sind. Obwohl inzwischen die gemeinsame Note der Alliierten eingetroffen ist, durch welche die Ausgleichszahlungen gestundet werden, liegt noch immer keine Mitteilung vor, daß Frankreich seine Retorsionen rückgängig gemacht hat.

## Oesterreichs Rettungsversuche.

In einer Mitteilung des tschechoslowakischen Pressobureaus über die Besprechungen des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Dr. Benesch heißt es: Bundeskanzler Seipel legte Dr. Benesch folgende Fragen vor:

1. Gewährt die Verhandlung der österreichischen Frage vor dem Völkerbund Aussichten, daß doch noch in letzter Stunde jene Zusicherungen auf finanziellen Gebiet gegeben werden, die Oesterreich einen ungestörten Fortbestand ermöglichen oder soll
  2. schon jetzt ein anderer Weg beschritten werden, der darin besteht, daß Oesterreich ökonomisch oder politisch bei einem der Nachbarstaaten oder einer bestimmten Mächtegruppe Aufnahme sucht?
- Ministerpräsident Benesch erklärte, daß die Arbeit des Völkerbundes keineswegs unterschätzt werden dürfe und daß man unbedingt diesen Weg versuchen müsse, um so mehr, als er bestimmt wisse, daß sich besonders gewisse Mächte für diese Frage einsetzen werden.

Die Besprechungen, die einen ganzen Tag dauerten und im besten Einvernehmen geführt wurden, haben gezeigt, daß die Verhinderung einer finanziellen und wirtschaftlichen Katastrophe in Oesterreich für ganz Europa von außerordentlicher Wichtigkeit ist, und es wurden übereinstimmend bestimmte Schritte vorgeschlagen, welche von der österreichischen wie von der tschechoslowakischen Seite unternommen werden sollten. Ministerpräsident Dr. Benesch wird den österreichischen Schritt im Völkerbund unterstützen, ebenso wie bei jenen Mächten, die bereits ihr Interesse an der Lage Oesterreichs gezeigt haben.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel trifft am Dienstag nachmittag zu Besprechungen mit dem

deutschen Reichskanzler in Berlin ein. Auch der deutsche Gesandte in Wien Dr. Pfeiffer wird an diesen Besprechungen teilnehmen.

**Beschlagnahme der fremden Valuten in Oesterreich.** Die österreichische Sozialdemokratie verlangt, nachdem der neuerliche Versuch der österreichischen Regierung, von den Alliierten einen Kredit von 15 Millionen Pfund Sterling zu erhalten, gescheitert ist, die Beschlagnahme der im österreichischen Privatbesitz befindlichen Valuten.

## Bayern erklärt sich befriedigt.

Nach Münchener Meldungen haben die beiden bayerischen Minister Schreyer und Gärtner dem Ministerrat Bericht erstattet. Der Ministerrat ist der Ansicht, daß die Bedenken, die bisher gegen die Berliner Abmachungen bestanden haben, nunmehr im wesentlichen behoben sind. Das endgültige Ergebnis wird erst nach Mitteilung an die Vertreter der Koalitionsparteien bekanntgegeben werden.

Ueber den sachlichen Inhalt der von der Reichsregierung an die bayerische Kommission gegebenen Erklärungen und Interpretationen ist vereinbart worden, nichts der Öffentlichkeit mitzuteilen, bis der bayerische Ministerrat seine Entscheidung getroffen hat.

## Kathennau-Mörder im Ausland.

Wie gemeldet wird, wurden am 11. August von der tschechoslowakischen Grenzwehr in Sibauemetz zwei verdächtige Leute bei ihrem Versuch, die Grenze ohne Reisedokumente zu überschreiten, verhaftet. Auf der Raasdauer Polizeidirektion gaben die Verhafteten, die 19 Jahre alten Leo Fischer und Hansbeamer Hans Schupp, an, daß sie Mitglieder der Organisation „C. D.“, Ortsgruppe Hamburg, wären, und daß sie vor der Verhaftung von der Hamburger Polizei nach Ungarn flüchten wollten. Schupp gab an, daß er von dem Anschlag auf Rathennau Kenntnis gehabt hätte. Beide werden bis zur Entscheidung des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten in Haft gehalten. Wie die „Jugendblätter“ melden, ist der Fabrikant Rachenmeister, der Ende Juni in Dey wegen Bestellung eines Autos zur Ermordung Rathennaus verhaftet worden war, in diesen Tagen vom Bezirksgericht Siles dem Landesgericht Jungsbrunn überwiesen worden.

## Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung in Polen.

Der Vorsitzende der Ernährungskommission des Sejm Brolewski hatte vorgestern mit dem Finanzminister Jastrzebski eine Konferenz, in deren Verlauf der Finanzminister erklärte, daß die Regierung eine Reihe von Entwürfen für die Bekämpfung der Teuerung vorbereitet. Dagegen hat er die Ernährungskommission, unverzüglich entsprechende Vorlagen ausgearbeitet.

Der Danziger Senat hat jedoch auch weiterhin, als ginge ihm die Teuerung nichts an. Er muß sich jetzt selbst von seinen polnischen Kollegen beschämen lassen.

**Weitere Blockbildungen in Polen.** Nach dem Zustandekommen des Wahlbündes der nationalen Minderheiten Polens hat die Blockbildung nunmehr auch unter den polnischen Parteien begonnen. Es sind bereits ein Block der Nationaldemokraten, der Christlichen Demokraten und der Christlich-Nationalen Volkspartei sowie ein Block der Mittelparteien, bestehend aus der Einheitspartei und den kleineren Gruppen der Mitte, gebildet worden. Ferner wird die Vereinigung der Witos-Partei mit der von ihr vor zwei Jahren abgesplitterten Linksgruppe Stajnski und ein Zusammengehen der agrar-sozialen „Bysswolentz“-Gruppe mit den Rechtssozialisten erwartet. Dagegen haben sich die jüdischen Sozialisten dem Minderheitenblock angeschlossen.

**Troßki in Deutschland?** Die „Gazeta Obojaka“ bringt aus Moskau die Meldung, daß Troßki über Wirtshaus nach Deutschland abgereist sei. Dies sei die erste Reise Troßkis ins Ausland. Solange diese zweifelhafte Nachricht nicht auch von anderer Seite bestätigt wird, erscheint sie kaum glaubhaft.

**Teuerungsunruhen in Rattowitz.** Gestern abend kam es in Rattowitz wegen der zunehmenden Teuerung zu Unruhen. In den späten Abendstunden wurde eine Anzahl Läden geplündert, die Waren wurden auf die Straße geworfen und fortgeführt. Die Juden wurden von der Menge verfolgt und verprügelt. Ein starkes Postgeläutgebote konnte schließlich die Straße wieder ber-



## Danziger Nachrichten.

### Die Verarmung der Presse.

Als etwöchiges Magazette ziehen die Riken der eingegangenen Zeitungen durch die Jahrgänge der deutschen Schrift- und Buchdruckindustrie. Die ungeschulte, rassist und immer härter weiterdringende Verteilung der Verteilung und des Vertriebs der Zeitungen bringt immer mehr von ihnen zum Erliegen, wenn sie nicht durch die Macht des Großkapitals gehalten werden, das Rettungen braucht, um das Volk in seinem Interesse zu beeinflussen oder wenn sie nicht durch Spekulation auf die Gedankenlosigkeit und die hier nach Herdentrieb sich behaupten oder schließlich, wenn nicht große Gemeinden von Melchioristen sich zum Schutz ihrer Zeitungen durch Abonnement und Werbung immer neuer Abnehmer zusammenschließen. Dies letztere Moment ist es allein, das der Arbeiterpresse von jeder das Bestehen und die Weiterentwicklung gestattet.

Selbst die Presse des durch den Glanz aufgenommenen Axtums steht sich zum Zusammenschluss gezwungen. Am Bodensee wie im Münsterland sind eine Anzahl selbständiger Zentrumsblätter zu Kopfbältern begraben worden, die sich nur noch durch die eigenen Ortsnachrichten unterscheiden — eine Verarmung der Presse, die Ereignisse entwirrt. In München ist ein demokratisches Blatt, die „Säbdeutsche Presse“, eingegangen. Alle paar Tage könnte man Ähnliches berichten.

In der sozialdemokratischen Arbeiter-Schaft, an jedem einzelnen Parteimitglied liegt es, ihre Presse trotz aller Not als ein Kampfmittel zu erhalten, das in der indifferenten Masse den Wettbewerb mit der Presse der Kapitalinteressen und der Gedankenlosigkeit führen kann. Sorgt dafür, Genossen, daß auch in der Zeit der wichtigsten Entscheidungen das stärkste Mittel zur Gewinnung neuer Massen von Anhängern unserer Sache erhalten bleibt, daß eure Presse frei bleibt von Exzessivität und ihre ganze Kraft einsetzen kann für eine starke Arbeiterpolitik.

### Danzigs Schulden-Wirtschaft.

Man schreibt uns: Zu dem Vortrag über Steuerfragen, den Justizrat Dr. Gewinsky in der Vereinigung der Danziger Importeure und Exporteure hielt, ist noch manches zu bemerken. Der Vortrag enthielt manche beachtenswerten Anregungen. Die Finanzwirtschaft im Freistaat Danzig ist nicht sehr vorbildlich. Obwohl wir keine Wiedergutmachungen zu leisten haben, bringt uns die Finanzverwaltung immer tiefer in Schulden. Immer neue Pumpen werden ausfindig gemacht. Dem Land, das selber die ganze Welt um Anleihen sucht, wird von unserer Finanzverwaltung als unerschöpfliche Pumpquelle betrachtet. Die Steuerpflichtigen aus Deutschland kommen nach Danzig, und trotzdem wird hier ständig mit Festschulden gearbeitet und die Haushaltspläne können nicht rechtzeitig vorgelegt werden. Die ganze Finanzverwaltung ist unübersichtlich. Die Verfassung enthält sehr schöne und gesunde Finanzgrundsätze, aber sie werden nicht zur Geltung gebracht, wie manche andere Bestimmungen der Verfassung. Der Verwaltungsapparat ist so ausgestaltet, als ob wir im Wasser schwimmen. Die Räume der öffentlichen Gebäude sind ganz ungenügend ausgenutzt. Das Personal arbeitet in großen leeren Sälen. Vor dem Regierungsgedäude stehen fortgesetzt Autos der Senatoren. Früher gingen die Herren zu Fuß, oder fuhren mit der Straßenbahn oder Staatsbahn. Heute verlangt man sein Auto und seine große Villa. Nirgend merkt man etwas davon, daß wir ein Schuldenstaat ersten Ranges sind und immer mehr werden. Und doch braucht das nicht so zu sein.

Unsere ganze Verwaltung könnte in jeder Beziehung viel einfacher und sparsamer aufgezogen sein. Die Schuldenwirtschaft braucht nicht ständig die Zinsenlasten anzuwachsen zu lassen. Die Einnahmen könnten erheblich gesteigert werden. Manche Gebühren könnten der Geldentwertung entsprechend heraufgesetzt werden. Das Gericht könnte die Einnahmen aus Geldstrafen erhöhen. Das Gefängnis könnte sich durch eigene Arbeitskraft erhalten. Der Aufruf, Monopole einzuführen, sollte man nachgeben. Andere Länder haben bereits lange vor dem Kriege Monopole gehabt. Deutschland war in dieser Hinsicht rückständig. Das Zuckermonopol ist für Danzig bereits in bestimmter Form vorgeschlagen worden. Man braucht bei diesen Monopolen durchaus nicht gleich daran zu denken, die Ware von der Quelle bis zum Kleinverkauf zu monopolisieren. Man kann teilweise nur den Großhandel übernehmen. Der Staat bekommt dann die ganze Ware in die Hand, kann den Preis bestimmen, seinen Gewinn herausnehmen und die Ware dann mit bestimmten Markaten weitergeben. Er kann ferner auf diese Weise, wie beim Zucker die Ware der inländischen Bevölkerung zu einem billigeren Preise zugänglich machen. Es können Ausfuhrverbote und Höchstpreise überflüssig gemacht werden, obwohl der gleiche Zweck erreicht wird. Auch ein Spiritusmonopol könnte eingeführt werden. Man sollte ernst überlegen, ob man nicht auch das Getreidemonopol in Aussicht nimmt. Diesen Gedanken können selbst die agrarischen Kreise nicht ohne weiteres ablehnen, denn was Rantz stellte seinerzeit einen ähnlichen Antrag, nach dem das Reich den ganzen Getreidehandel übernehmen sollte. Wie im Reich, so müssen auch wir hier auf eine Einschränkung der Einfuhr von Gegenständen des Luxus und des Genußes denken. Das könnte man erreichen mit Hilfe des Monopols, z. B. für Tabak.

Die Höhe der direkten Steuern wird man wohl kaum mehr anheben können. Aber man kann die Steuer ergebnisreicher machen, indem man die Veranlagung der landwirtschaftlichen Betriebe besser durchführt und auch die kaufmännischen Geschäfte sorgfältig prüft. Vor allem aber soll man dafür sorgen, daß die Löhne usw. auf die richtige, der Geldentwertung entsprechende Höhe gebracht werden, um die Steuerkraft des Volkes zu erhöhen. Die Schulden sollte man nicht vermehren, sondern abbauen und das wird am besten durch eine einmalige ausreichende Ver-

mögenabgabe geschehen. Dann sollte man zu einer soliden Finanzverwaltung übergehen, bei der die Schulden erst durch Reservefonds, Betriebsfonds, Ausgabefonds, Baufonds usw.

Es wurde auch auf eigene werbende Anstalten hingewiesen. Da kommt außer der Elektrizität vor allem noch das Bankwesen in Betracht. Man braucht nicht gerade das ganze Bankwesen zu monopolisieren, aber unbedingt muß verlangt werden, daß mit größerer Beschleunigung eine rein staatliche Bank gegründet wird. Diese Staatsbank kann nicht nur wichtige Volkswirtschaftliche, sondern auch Einnahmen bringen. Sie kann auch dahin wirken, daß dem ansehnlichen Zinswucher Einhalt geboten wird. Die Finanzverwaltung wird sich ferner dann bequem müssen, die Danziger Währungsfrage ernsthaft in Angriff zu nehmen. Der Freistaat Danzig besteht aus einer großen Handelsstadt und einem ungemein fruchtbaren Umland. Es besteht durchaus die Möglichkeit, diesen kleinen Staat wirtschaftlich hochzubringen. Die Grundlage ist aber eine geordnete Währungs- und Finanzverwaltung.

### Forderungen der Kriegsbeschädigten.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten u. Hinterbliebenen, Frau Danzig, erhebt in einer Eingabe an den Volkstag der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, Frau Danzig, folgende Forderungen: 1. Beschleunigte Einführung des Reichsversorgungsgesetzes im Freistaat Danzig; 2. Ausweitung des Renten und dem Existenzminimum herabsetzt, daß eine Erhöhung der Renten um 100 Prozent erfolgt und zu den Renten noch monatliche Zuschüsse geleistet werden; 3. Einsetzung eines besonderen Ausschusses beim Volkstag für die Durchberatung von Gesetzen, die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenangelegenheiten betreffen; 4. Beschleunigte Einbringung des Schwerbeschädigtengesetzes; 5. Vornahme der ärztlichen Nachuntersuchungen im sozialen Sinne; 6. Vorkaufsrecht der Organisationen bei Finanzierung von Vertrauensärzten für das Militärverorgungsgericht; 7. Abberufung des gegenwärtigen Vorsitzenden beim Militärverorgungsgericht; 8. Neuwahl der Richter des Militärverorgungsgerichts; 9. Ausbau statt Abbau der Versorgungsbehörden; 10. Erhöhung der Zuschüsse für die in der Umschulung sich befindenden Kriegsbeschädigten.

Der Soziale Ausschuss hat beschlossen, die Eingabe dem Senat zur Überweisung.

### Eine Kundgebung gegen den Alkohol.

Eine imposante Demonstration gegen den Alkohol veranstalteten die Guttempler am Sonntag, Nachmittags 4 Uhr setzte sich ein Festzug, der auf dem Hauptplatz Aufschling nahm, nach dem Bismarckberg in Bewegung. Unter Vorantritt einer Musikkapelle folgten die verschiedenen Lagen des Distrikts aus Danzig, Rastau, Schwibitz, Sopot, Alva usw. Auch die Jugend- und Wehrlogen waren zahlreich vertreten. Im Festszuge, der etwa 3000 Personen zählte, wurden eine Reihe Tafeln getragen, mit Aufschriften wie: „Weiß mit dem Bier, Brot brauchen wir“, „Der Alkohol ist der Verderber der Menschheit“, „Ihr vertrinkt das Brot und vergrößert die Not“, „Wer trinkt, denkt nicht; wer denkt, trinkt nicht“, und so verschiedene andere. In den Straßen der Stadt Danzig, durch die sich der Zug bewegte, hatten sich noch Tausende zählende, der Abstinenzbewegung noch fernstehende eingefunden, um diesen Tag zu sehen, die sich nicht scheuen, in aller Öffentlichkeit den Kampf gegen den Alkohol zu führen. Auf dem Bismarckberg angelangt, unterhielten sich die Jugend- und Wehrlogen bei Spiel und Gesang, dann sang der Guttempler-Sängerchor, unter Leitung des Lehrers Herrsch. Vier, einige Lieder. Darauf hielt Proktempler Dr. Blume-Damberg eine martiale Ansprache an die Versammelten. Andere Reden folgten. Der Festzug war ein deutlicher Beweis, daß die Abstinenzbewegung nicht mehr zu unterschätzen und auch in unserem Freistaat durchaus nicht mehr so machtlos ist, wie es noch außen hin den Anschein hat.

**Strafverfolgung gegen Abgeordnete.** Die Justizabteilung des Senats beantragt beim Volkstag die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Krause wegen Vergehens gegen das Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen und das Kraftfahrzeugversicherungsgesetz. Weiter wird die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Hebersohn wegen Vergehens gegen § 188 des Strafgesetzbuches (öffentliche Verleumdung durch unzüchtige Handlung) vom Volkstage gefordert.

**Die Schichtarbeit treue Dienste belohnt.** Der Schlosser P. steht 25 Jahre im Dienste der Schichtarbeit. Aus diesem Anlaß übergab ihm die Firma ein Ehrenschwert von — 150 M. deutscher heutiger Güte. Das ist etwa eine Mark Goldwährung. Jedes Jahr treu geleisteter Dienste wird also mit 6 Mark heutiger Währung geehrt. 6 Mark ist etwa der Lohn für eine halbe Stunde nach dem Schichtlohnstarif. Für 2400 Arbeitsstunden im Jahre gibt es also den Lohn einer halben Stunde als Ehrenschwert. Für dieses Geschenk nach 25 Jahren kann sich der Beschäftigte annähernd 1 Zentner Gold, oder einen halben Zentner Feinbar Silber oder ein Pfund Wurst, oder drei marktreife Brote für seinen Ehrentag oder zwei Pfund Käse kaufen. Man sieht, Herr Carlson weiß die Treue würdigen zu belohnen!

**Die Minenräumarbeiten beendet.** Die deutscherseits übernommenen Minenräumarbeiten sind beendet, die zu räumenden Seegebiete minenfrei.

**„Freundschaftliche“ Messerhete.** Der Arbeiter Albert Gschied in Schwibitz hand vor dem Schöffengericht unter der Anklage der gefährlichen Körperverletzung. Ein Freund von ihm stand am 8. Juli abends angetrunken vor seiner Wohnung, und als der Angeklagte vorbeiging, rief er ihm zu: Guten Abend. Gschied muß wohl an Weinrich seine Gedacht haben, denn er erwiderte auf die: Guten! Wenn du schon blamiert bist, dann blamiere mich nicht auch noch. Darauf kam es zum Wortstreit, dann zur Walserei und schließlich zog Gschied sein Taschenmesser und verlegte dem Freund drei Stiche in den Rücken. Die Wunden konnten lebensgefähr-

lich werden, sind aber wieder geheilt. Der Amtsanwalt wies darauf hin, daß die Trunkenheit und damit die Messerhete wieder hart unnehmen und strenge Strafen für die rohen Messerhete erforderlich sind. Er beantragte 1 Jahr Gefängnis und Einziehung des Messers. Das Gericht erkannte diesem Antrage entsprechend.

### Abwrackbetriebe.

In früherer Zeit kam das Abwracken von Kriegsschiffen in irgendeinem größeren Umfange nicht in Frage. Es verlohnte sich nicht, weil die von der Aufbauindustrie benötigten Rohstoffe und Halbfabrikate in beliebiger Menge und so wohlfeil im Handel zu haben waren, daß die aus der Zerlegung der Schiffe zu gewinnenden Rohmaterialien keine Preise erzielen konnten, welche einen Anreiz für die Einrichtung derartiger Abwrackbetriebe geboten hätten. Dazu kommt, daß die wichtigsten Hilfsmittel für die Zerlegung der gewaltigen Eisenmassen eines Schiffes früher unbekannt waren, denn die rassist vorwärtstrebende Entwicklung der Technik hat erst vor gar nicht langer Zeit die Möglichkeit geschaffen, mit Hilfe von Sauerstoff und Wasserstoff oder von Sauerstoff und Acetylen Eisenplatten bis zu den größten vorkommenden Dicken fast spielend zu durchschneiden. Die Abwrackfähigkeit setzte zunächst, wie schon erwähnt, ein, als es sich darum handelte, unter dem Zwang der Entente, deutsche, noch kriegsbrauchbare Unterseeboote, Kreuzer, Minenschiffe usw. zu zerstören. Dann aber wurde aus der Not eine Tugend gemacht. Die Preise der im Weltmarkt erhältlichen Rohstoffe stiegen und wurden bei der dauernd fortschreitenden Entwertung unserer Mark für die deutsche Industrie immer unerschwinglicher. Auf der anderen Seite wurde ebenfalls durch die Entwertung der deutschen Mark die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie und damit ihre Beschäftigung und ihr Rohstoffbedarf größer und größer. Hieraus ergab sich, daß die Möglichkeiten, lohnenden Abfall für die aus alten Schiffen gewonnenen Rohmaterialien zu finden, ausbleibender wurden.

So fanden sich denn Männer von fühnemilnernehmungspetit, welche bei der Zerlegung deutscher Schiffe nicht Nebenbleiben, sondern in großem Umfange Schiffe fremder Nationen, und zwar zunächst veraltete englische Kriegsschiffe, aufkauften, um sie zu zerlegen und so der deutschen Aufbauindustrie die Bausteine für die Schaffung neuer Werte zuzuführen. Die Arbeiterchaft der englischen Schiffswerften hat wegen der großen Arbeitslosigkeit, welche sich infolge der eigenartigen Weltwirtschaftslage für sie immer bedrohlicher gestaltete, scharf Stellung dagegen genommen, daß die englischen Arbeitsschiffe aus dem Lande heraus und so für ihre eigene Beschäftigung verloren gingen. In England selbst war aber das Abwracken nicht durchführbar, weil die Arbeitslöhne den Weltmarktpreisen der Rohmaterialien annähernd die Wage hielten. Nur in einem so valutastarken Lande wie Deutschland konnte der Arbeitslohn, der am Weltmarktpreis gemessen immer noch niedriger ist als z. B. der englische, sich die Abwrackfähigkeit als lohnendes Arbeitsfeld erproben.

**Freistaatliche Haushaltspläne für 1922.** Der Haushaltsplan der Sozialversicherung hatte bei einer Einnahme von 182.570 M., die im wesentlichen durch Rücknahme für Gehaltszahlungen entstanden ist, eine Ausgabe von 8,75 Millionen Mark. Die Ausgaben entfielen im wesentlichen durch Zuschüsse zur Kranken- und Invalidenversicherung. Der Staatszuschuß betrug für Familienhilfe und Wochenfürsorge 4 Millionen, zur Invalidenversicherung 4,1 Millionen Mark. Der Etat bedarf eines Zuschusses von 8,5 Millionen Mark. — Der Haushaltsplan für das Reichswesen hat gar keine Einnahme, wohl aber eine Ausgabe von 9,6 Millionen Mark. Der staatliche Zuschuß beträgt für die evangelische Kirche 6,3 Millionen Mark, für die katholische Kirche 3,2 Millionen Mark. Für Gehaltsaufbesserungen der Geistlichen sind davon vermandt worden bei der evangelischen Kirche 6 Millionen Mark, bei der katholischen Kirche 2,5 Millionen Mark. — Das Staatsarchiv ist mit 410.000 Mark Ausgabe und 409 Mark Einnahme veranschlagt. Die Ausgabe setzt sich im wesentlichen aus Pensions- und Geschäftsbedürfnissen zusammen. — Die Reichereverwaltung erfordert einen Zuschuß von 281.000 Mark. An Pachten (Wasserrecht und Wäsendung) kommen 32.800 Mark ein. Für die Unterhaltung der Fischbrunnhöfen und ähnliches wurden 62.000 Mark ausgegeben. — Der Haushaltsplan für die Betriebsmittel der Verwaltung zahlt bei 5 Millionen Einnahmen, die aus den Zinsen der Vorbestände der Freistaat-Sanittasse fließen, 10,50 Millionen Ausgabe; darunter betragen die Zinsen für zehlfache Betriebsmittel 10 Millionen, die Kosten für Druck, Unkosten der städtischen Sparkasse usw. für den Schöpfungsvoranschlag 180.000 Mark. Veranlagung und Tilgung der auf den Freistaat entfallenden Schulden der Provinz Brandenburg 17.400.000 Mark.

**Künstliche Augen für Kriegs- und Friedensbeschädigte.** In der Zeit vom 23.—27. Sept. weilt der Augenkünstler Ludwig Müller-Wri in Danzig, um künstliche Augen nach der Natur für Patienten heranzustellen. Kriegs- und Friedensbeschädigte, die für die Anfertigung solcher Augen in Frage kommen, haben vorher entsprechende Anträge beim Hauptversorgungsamt Samtgasse 67 auf Nummer 20/21 an jedem Besetzungstag von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags zu stellen. Die unbrauchbaren künstlichen Augen sind mitzubringen. Auf die öffentliche Bekanntmachung wird verwiesen.

**Um die Einheitssteuergographie.** Darlegung geht der Kampf um Schaffung einer Einheitssteuergographie. Neben den Hauptinspektoren Gabelberger und Stolze-Schrey gibt es eine Anzahl anderer Systeme, die mehr oder weniger den Vorrang der größeren Kürze und Schreibfähigkeit in Anspruch nehmen. Während Gabelberger die größte Ausbreitung in Süd- und Mitteldeutschland besitzt, wird Stolze-Schrey in Norddeutschland geschrieben. Alle diese möchte man unter einen Hut bringen mit der Einheitssteuergographie. Noch im Laufe dieses Monats soll die wichtige Entscheidung darüber fallen, ob die Einheitssteuergographie mit allgemeiner Zustim-



Gesetzliche Maßnahmen gegen Teuerung und Wucher.

So viel auch über die sich besonders auf dem Lebensmittelmarkt immer unerträglich auswachsende Teuerung bisher geredet und geschrieben worden ist...

So wie mit Zucker ist es auch mit den meisten andern Produkten. Wenn der Senat ersichtlich wollte, würde er Mittel und Wege finden, den Preiswucher einzudämmen.

Gesetz betr. Sicherstellung der Ernährung der Freistaatsbevölkerung mit Milch, Butter u. Käse für 1922/23.

- § 1. Die Herstellung von Vollmilch wird bis zum 31. Dezember 1922 verboten. Die bei Erzeugern und Händlern vorhandenen Bestände an Käse werden beschlagnahmt. § 2. Für Milch wird ein Höchstpreis festgesetzt. Er darf 8 Mark für einen Liter Vollmilch im Kleinhandel nicht übersteigen.

Gesetz betr. Abzug der Bevölkerung vor dem Zuckerverbrauch.

- § 1. Die im Inlande vorhandene Zuckermenge früherer Ernten wird beschlagnahmt und zum Exporte an die Bevölkerung auf Karten abgegeben. § 2. Der Höchstpreis darf für 1 Kilo Zucker 16 Mark im Kleinhandel nicht überschreiten. § 3. Inüberhandlungen gegen dieses Gesetz werden mit Gefängnis bis zu 2 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 200 000 Mark geahndet. § 4. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Gesetz betr. Zuckerbewirtschaftung für das Wirtschaftsjahr 1922/23.

- § 1. Zum Zweck der Sicherstellung der Ernährung der Danziger Arbeiter wird die gesamte Kartoffelernte des Erntejahres 1922 beschlagnahmt. § 2. Der Beschlagnahme unterliegt nicht der Eigenverbrauch. § 3. Die Kommunalverbände sind verpflichtet, die beschlagnahmten Kartoffeln zu einem vom Senat zu bestimmenden Termin zu liefern. § 4. Der Erzeugerpreis darf 100 Mark für den Zentner nicht übersteigen. § 5. Mit Gefängnis bis zu 2 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 200 000 Mark wird bestraft, wer gegen die in diesem Gesetz getroffenen Anordnungen verstößt...

Bezieh. Zuckerbewirtschaftung für das Wirtschaftsjahr 1922/23.

- § 1. Für den Bedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung wird im Wirtschaftsjahr 1922/23 von der im Lande...

- § 2. Der Höchstpreis darf für 1 Kilo Zucker 16 Mark im Kleinhandel nicht übersteigen. § 3. Inüberhandlungen gegen dieses Gesetz werden mit Gefängnis bis zu 2 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 200 000 Mark geahndet. § 4. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Der Volkstag wolle beschließen, den Senat zu ersuchen, mit möglichster Beschleunigung mit der Regierung der Republik Polen in Verhandlungen zu treten...

Außerdem hat die Abwanderung der dem Freistaat zu ermäßigten Zollätzen gewährten Warenkontingente nach Polen der sozialdemokratischen Fraktion noch zu folgenden großen Anfragen Veranlassung gegeben:

Ueber die Einzelheiten dieser Gegenstände und Anträge sowie über weitere notwendige Maßnahmen siehe sich noch mancher sagen. Zunächst kommt es jedoch darauf an, daß der Volkstag, nachdem der Senat in diesen Dingen vollkommen versagt hat...

Mißhandlung Verhafteter.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Am Sonnabend, abends zwischen 6-7 Uhr, kam es in dem Lokal von Paul Bernus am Tropf zwischen Wälden zu Streitigkeiten. Die dort im Hause wohnenden Vollst.-Betriebsassistenten Busching und Deppal, beide in Zivil, griffen ein. Als zwei längere Arbeiter, denen ein Arbeiter folgte, das Lokal verlassen wollten, stießen plötzlich im Lokal Schüsse. Der Ältere Mann, etwa 40 Jahre alt, fiel durch eine Kugel getroffen, an der Ausgangstür nieder. Er wollte sich wieder aufrufen, wurde aber von Busching gepackt und mit Injurien die zum Lokal führende Treppe hinuntergeschoben. Der Schwerverletzte blieb an der Treppe liegen. Darauf führte ein Arbeiter auf einen anderen Verletzten und schlug mit einem Spaltstiel auf ihn ein. Auch als der Arbeiter zusammengesunken am Boden lag, wurden die Mißhandlungen mit dem Spaltstiel fortgesetzt, bis der Stiel in Stücke sprang. Vollst.-Betriebsassistent Deppal schlug mit einem Knüttel auf den alten Mann ein, der durch den Schlag schwer verletzt war. Als noch zwei Schutzbeamte hinkamen, wurden die drei Arbeiter unter fortgesetzten Mißhandlungen nach dem Vollst.-Büro gebracht. Dann sollten die Verhafteten nach dem Vollst.-Präsidium gebracht werden. Auf der Bräutereistraße brach jedoch der Ältere Mann zusammen und mußte mittels Autos fortgeschafft werden.

Von Augenzeugen wird übereinstimmend berichtet, daß die Mißhandlungen auf der Straße nicht den geringsten Widerstand geleistet haben. Mehrere Einwohner der dort befindlichen Mietshäuser nahmen gegen diese rohe Behandlung der Verhafteten Stellung, wurden aber von den genannten Beamten mit ironischen Bemerkungen abgewiesen. Für jeden Menschen war es ein widerliches Anblick, diese mit Blut besudelten und die am Unterarmsteckel gerichteten Menschen auf der Straße zu begegnen.

In letzter Zeit haben in dem Lokal von Bernus öfter Schlägereien und Messerschereien stattgefunden. Wenn diese Auseinandersetzungen jetzt aber mit Revolverwaffen geschieht, werden sollen, dann muß im Interesse der Anwohner dagegen energisch protestiert werden. Vergehende Augen könnten das Leben gänzlich unheimlicher gefährden. Es wird behauptet, daß der Wächter und der Vollst.-Beamte Busching geschossen haben.

Die Bewohner des Stadtteils, nicht nur die Arbeiter, sind aber die brutalsten Mißhandlungen Verhafteter durch Polizeibeamte äußerst empört. Vom Senator Schürmer wird erwartet, daß er die schuldigen Beamten zur Rechenschaft zieht, wenn er sich nicht mitschuldig an diesen unerhörten Zuständen machen will.

Die Schutzpolizei gibt über den Verfall folgende Darstellung: Am 10. 8. 22 bedrohten die Arbeiter Eduard und Gustav Kloss, wohnhaft Hausnummer Ackerstraße 8, und der Schmied Paul Polke, wohnhaft Strohdamm 116, am Front den Fuhrhalter R. mit Messern, weil dieser es sich erlauben sollte, seine Pferde zu schlagen. Als R. darauf in ein Lokal flüchtete und dort Schutz suchen wollte, drängen die Täter auf den Mann ein, so daß dieser in der Notwehr von seinen Schutzpatronen Gebrauch machte und den einen Täter, den Arbeiter Eduard Kloss, durch einen Schuß in die Brust verletzte. Dieser wurde mittels Sanitätswagens in das städtische Krankenhaus gebracht und die beiden anderen Täter durch Beamte der Schutzpolizei dem Polizeigefängnis zugeführt.

Die Danziger Arbeiter haben gestern nachmittag beschlossen, den § 4 des Tarifvertrages, der die Wägen betrifft, zu überlassen, die neuen Lohnforderungen festzusetzen. Der Antrag der Teuerungskomitee wurde morgen 10 Uhr eine Konferenz sämtlicher Gewerkschaften der Arbeiter und Beamten einberufen. Ein Dampfverkehr zwischen Danzig und Berlin soll von einer Warschauer Aktiengesellschaft geplant sein. Die Danziger Arbeiter werden demnächst in Wlana Krücken von dem Streik werden auch Danziger Tabakarbeiter betroffen, die zwecks Ausrüstung der dortigen Arbeiter in Wlana tätig waren. Politische Schiffe im Danziger Hafen. Bekanntlich ist die zur endgültigen Regelung der Frage der Besetzung des Danziger Hafens durch polnische Kriegsschiffe unter dem Vorsitz des hohen Kommandos des Völkerbundes im Oktober vorigen Jahres zwischen Danzig und Polen ein Abkommen geschlossen worden, wonach einer bestimmten Zahl von polnischen Kriegsschiffen die Benutzung des Danziger Hafens ohne jedesmalige An- und Abmeldung, wie sie sonst im internationalen Verkehr üblich ist, gestattet wurde. Außer den früher genannten Schiffen General Sailer und Wosilow den Danziger Hafen vorläufig ohne Anmeldung benutzen.

Bewegung auf der Danziger Werft. Die Vertrauensmänner der Danziger Werft haben gestern nachmittag beschlossen, den § 4 des Tarifvertrages, der die Wägen betrifft, zu überlassen, die neuen Lohnforderungen festzusetzen.

Ein Dampfverkehr zwischen Danzig und Berlin soll von einer Warschauer Aktiengesellschaft geplant sein. Die Danziger Arbeiter werden demnächst in Wlana Krücken von dem Streik werden auch Danziger Tabakarbeiter betroffen, die zwecks Ausrüstung der dortigen Arbeiter in Wlana tätig waren.

Politische Schiffe im Danziger Hafen. Bekanntlich ist die zur endgültigen Regelung der Frage der Besetzung des Danziger Hafens durch polnische Kriegsschiffe unter dem Vorsitz des hohen Kommandos des Völkerbundes im Oktober vorigen Jahres zwischen Danzig und Polen ein Abkommen geschlossen worden, wonach einer bestimmten Zahl von polnischen Kriegsschiffen die Benutzung des Danziger Hafens ohne jedesmalige An- und Abmeldung, wie sie sonst im internationalen Verkehr üblich ist, gestattet wurde.

Berichtungen für Senatsschäfte. Der Senator Karl Buch ist vom 20. 8. bis zum 20. September d. J. beurlaubt. Sein Vertreter in Sachen des Sozial- und Armenverwaltungs- und in Sachen der Grundbesitz- und Kammerverwaltungen ist Oberregierungsrat Bräsewig, in Sachen der Feuerwehrt Branddirektor Pudis, in Sachen des Kleinhandels im Freistaat Senator Dr. Schöberl.

Das neue Kartgeld. Die hiesige Reichsbank-Danzig hat mit der Ausgabe des neuen Kartgeldes begonnen. Die Münzen haben einen geackten Rand und matten Glanz. Sie zeigen auf der Rückseite den Lauffuß Reichsbank und die Worte „Verfassungstag 11. August 1922“, auf der Vorderseite die Wertangabe und die Inschrift „Deutsches Reich“. Die Zahl der geprägten Stücke verhältnismäßig gering, werden gerühmte Stempel wohl kaum in den Besitz eines solchen Talers kommen.

Ein neues Arbeiter-Jugendheim. Für die Arbeiter-Jugendgruppe in Rangstr. ist jetzt ein Raum in der Mühlengasse Reichshaus zur Verfügung gestellt worden. Die Heimabende finden dort zuerst jeden Mittwoch von 7 bis 9 Uhr statt.

Vollgehande in Tätigkeit. Den Dienststunden „Vollgehande“ der Schutzpolizei gelang es in den letzten Tagen, drei Feld- und Gartendiebstahl anzuführen, so daß die Täter zur Anzeige gebracht werden konnten. In einem Falle handelte es sich um einen Kartoffeldiebstahl im Gärtnereihaus Felonen, im anderen um einen Obstdiebstahl in Ollow, der durch vier Schüler ausgeführt wurde, ferner um einen Diebstahl an Gasgeräten.

Wie geschah. Der mit der Bewachung von Gebäuden am Ankerhafen beauftragte Wachbeamte Wabst von der Danziger Wachgruppe bemerkte am Montag abend, daß an einem der dort stehenden Eisenbahnwagen eine Kiste fehlte. Es stellte sich heraus, daß ein Arbeiter Wankowski von einem Rentner Gewicht dorthin lag, der zweifellos geschlafen ist. Offenbar hatten die Diebe an einer anderen Stelle den Diebstahl vollführt und den Kisten in diesem Wagon verpackt, um ihn bei Gelegenheit herauszufügen. Der Wagen wurde der Schutzpolizei übergeben.

Polizeibericht vom 22. August 1922. Verhaftet 30 Personen darunter: 4 wegen Diebstahl, 1 wegen Verleumdung, 2 wegen Passantenbedrängung, 3 wegen Uebertretung, 3 in Polizeigewalt. Obdachlos: 7 Personen.

Standesausschuss vom 22. August 1922. Todestafel: Stellender Maximilian Quatt, 50 J. Frau Amalie Göttsch geb. Kröping, 60 J. — Arbeiter Bruno Derschau, 5 M. — Invalide August Dargaczewski, 72 J. 3 M. — Hospitalistin, Witwe Ad. Bertine Lecher geb. (nicht angegeben), 8 J. Heutiger Diebstahl in Danzig. Polnische Mark: 14,30 am Vortage 13,50. Tamer Dollar: 1220. Englische Pfund: 3200.

